



Prof. Dr. Georg Milbradt

(geboren 1945), CDU

Gewählt am 18. April 2002. Setzte den finanzpolitischen Konsolidierungsprozess seines Vorgängers fort, trieb den sächsischen Schuldenabbau voran und setzte starke Impulse für den wirtschaftlichen Aufschwung des Freistaats. Auch das sächsische Bildungssystem machte Schule: In PISA-Rankings belegte der Freistaat regelmäßig Spitzenplätze. Nach den Landtagswahlen 2004 stand Milbradt einer CDU/SPD-Koalition vor.

2002

Kulturelle Höhepunkte wie die Wiedereröffnung des Grünen Gewölbes und die Vollendung der Frauenkirche fielen in Milbradts Amtszeit, aber auch die Jahrhundertflut 2002. Milbradt unternahm wichtige Weichenstellungen für eine grundlegende Neuordnung der öffentlichen Verwaltung, um Sachsen trotz demographischen Wandels zukunftssicher zu machen.

Im Zuge der Turbulenzen um die Sächsische Landesbank übernahm er politische Verantwortung und trat im Mai 2008 zurück.



Stanislaw Tillich

(geboren 1959), CDU

Ab Mai 2008 Regierungschef in Sachsen in einer Koalition mit der SPD. Nach der Landtagswahl 2009 führte er eine Koalitionsregierung aus CDU und FDP, nach 2014 wieder ein Bündnis mit der SPD.

2008

Unter seiner Ägide schärfte der Freistaat sein Profil als eine der innovativsten Regionen Europas mit einer starken Chipindustrie, Vorreiterrolle in Sachen Elektromobilität sowie exzellenter Forschung und Wissenschaft. Sachsen gilt heute als Mikroelektronikstandort Nummer 1 in Europa. Wichtige Investitionsentscheidungen, ein wachsender Mittelstand, eine zukunftssichere Finanzpolitik, die Digitalisierung mit ihren vielfältigen Folgen für die Zukunft des Landes und die Neuordnung der Bund-Länder-Finzen prägten Tillichs Amtszeit.

Die internationalen Beziehungen Sachsens intensivierte er, in Breslau und Prag wurden Verbindungsbüros eröffnet. In der Amtszeit 2015/2016 war er Präsident des Bundesrates. Am 12. Dezember 2017 schied er als damals dienstältester Ministerpräsident aus dem Amt.

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1, 01097 Dresden
Telefon: +49 351 564-0
Telefax: +49 351 564-1025
E-Mail: info@sk.sachsen.de
www.sk.sachsen.de

Gestaltung und Satz:

Heimrich Et Hannot GmbH

Fotos:

Nr. 1, 5, 6, 7: Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden; Nr. 2, 4, 8, 9: N.N.; Nr. 3: Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden/Deutsche Fotothek; Nr. 10: Thomas Härtrich; Nr. 11: Jörg Lange; Nr. 12: Matthias Rietschel

Druck:

Löbnitz-Druck GmbH

Redaktionschluss:

XX. Februar 2018

Bezug:

Diese Druckschrift kann kostenfrei bezogen werden bei:
Zentraler Broschürenversand der Sächsischen Staatsregierung
Hammerweg 30, 01127 Dresden
Telefon: +49 351 2103671
Telefax: +49 351 2103681
E-Mail: publikationen@sachsen.de
www.publikationen.sachsen.de

Diese Broschüre wird mitfinanziert aus Steuermitteln auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtages beschlossenen Haushaltes.



Die sächsischen Ministerpräsidenten

Eine Übersicht von 1919 bis 2017



Dr. Georg Gradnauer

(1866–1946), SPD

Mit seiner Wahl zum Ministerpräsidenten am 14. März 1919 konstituierte sich die erste gewählte Regierung des Freistaates Sachsen. Gradnauer war selbstbewusster Föderalist und an einem starken Freistaat interessiert. Rücktritt am 22. April 1920.

1919

Johann Wilhelm Buck

(1869–1945), SPD

Seine Amtszeit (Wahl am 4. Mai 1920) stand für die Verabschiedung der Verfassung für den Freistaat Sachsen vom 1. November 1920 sowie die Realisierung wichtiger Schulgesetze. Ein Misstrauensantrag der KPD veranlasste das Gesamtministerium im März 1923 zum Rücktritt.



1920



Dr. Erich Zeigner

(1886–1949), SPD

3

Unter Zeigner (Wahl am 21. März 1923) wurden die Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen vom 1. August 1923 verabschiedet und der Strafvollzug vereinheitlicht. Nach langem Konflikt mit dem Reich wurde die sächsische Regierung nach Artikel 48 der Reichsverfassung am 29. Oktober 1923 abgesetzt.

1923



Alfred Fellisch

(1884–1973), SPD

4

Nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten Ende Oktober 1923 gelang in der nur zweimonatigen Regierungsperiode die Wiederherstellung der zivilen sächsischen Exekutive, und der Einfluss der Reichswehr auf das politische Geschehen konnte weiter eingeschränkt werden. Nach einem Misstrauensantrag der Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) trat Fellisch zurück.



Max Heldt

(1872–1933), SPD

5

Heldt übernahm die Amtsgeschäfte im Januar 1924. Sachsen erfuhr bald den größten wirtschaftlichen Aufschwung der Weimarer Republik – dank neuer Schul- und Krankenhausbauten in den Städten, der Entwicklung des Siedlungswesens und einer Blüte von Kunst und Kultur.

1924

Dr. Wilhelm Bünger

(1870–1937), Deutsche Volkspartei (DVP)

6

Ministerpräsident Bünger (Wahl am 12. Mai 1929) wollte durch eine Verwaltungsreform größtmögliche Sparsamkeit erreichen und das Beamtenrecht neu ordnen. Die Regierung zerbrach im Februar 1930 an der Auseinandersetzung um den Young-Plan (Neuerung der Reparationszahlungen Deutschlands).



1929



Walther Schieck

(1874–1946), parteilos

7

Seine Wahl am 6. Mai 1930 fiel mitten in die Zeit der Weltwirtschaftskrise. Immer mehr einschneidende Sparmaßnahmen gingen mit fortschreitender Verelendung und Radikalisierung der Bevölkerung einher. Nach Übernahme der Regierung durch Reichsstatthalter Manfred von Killinger musste die Regierung am 10. März 1933 zurücktreten.

1930

Dr. Rudolf Friedrichs

(1892–1947), SPD/SED

8

Wahl zum Ministerpräsidenten am 11. Dezember 1946. Sein Bemühen galt dem beginnenden Wiederaufbau der schwer zerstörten Landeshauptstadt. Die Liquidierung der Privatwirtschaft begann mit der Bildung der Deutschen Zentralverwaltung. In Ost-Berlin wurde derweil die Demontage des föderalen Systems eingeleitet.



1946



Max Seydewitz

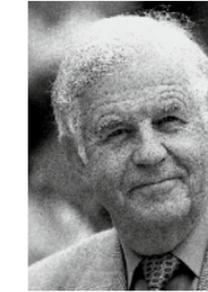
(1892–1987), SPD/SED

9

Gewählt am 30. Juli 1947. Seine Amtszeit stand unter dem Einfluss der Angleichung der sächsischen Verwaltungsstrukturen an die Deutsche Zentralverwaltung und die Deutsche Wirtschaftskommission. Mit dem Zweijahresplan 1949/50 erfolgte der Übergang zur staatlichen Wirtschaftsplanung. Am 15. Juli 1952 löste sich der Landtag selbst auf.

1947

Nach der DDR-Verwaltungsreform 1952 vergingen 38 Jahre, bis am 3. Oktober 1990 mit Wirksamwerden des Einigungsvertrages die Staatlichkeit Sachsens wiederhergestellt wurde.



Prof. Dr. Kurt Biedenkopf

(geboren 1930), CDU

10

Gewählt am 27. Oktober 1990 und damit erster Ministerpräsident des Freistaates Sachsen nach dessen Neugründung. Mit seiner Partei erreichte der gebürtige Ludwigshafener in drei Landtagswahlen in Folge (1990, 1994, 1999) eine absolute Mehrheit. Landesvater, Mitgestalter der Deutschen Einheit, Taktgeber: In Kurt Biedenkopfs zwölfjähriger Amtszeit erfolgten grundlegende Weichenstellungen für den Neuaufbau Sachsens. Rückbesinnung auf sächsische Identität und Aufbruchsstimmung prägten diese Jahre.

1990

Der Staatsregierung gelang es, mit einer wirtschaftsfreundlichen Politik, die insbesondere bei „Leuchtturmprojekten“ die Beseitigung bürokratischer Hürden zur Chefsache machte, zahlreiche Großinvestitionen nach Sachsen zu lenken: die Gläserne Manufaktur von VW in Dresden, die Werke von Porsche und BMW in Leipzig, AMD in Dresden, das Leipziger Logistikzentrum. Im Hintergrund stand eine grundsätzliche Haushaltspolitik. Mit Wirkung vom 18. April 2002 trat Kurt Biedenkopf zurück.